



„Bürokratiekosten messen mit dem
Standardkostenmodell (SKM)“

Grundlagen und Anwendung in Südtirol

Bozen, 30. April 2010

Grundlagen des SKM

Das Standardkostenmodell (SKM)

Methode zur Messung von Bürokratiekosten, die

- Unternehmen
- Bürgern
- dem Dritten Sektor und
- der öffentlichen Verwaltung

durch die Befolgung gesetzlicher Informationspflichten entstehen.



Die folgenden Folien (v.a. bezüglich der Vorgehensweise) beziehen sich im Wesentlichen auf die Erhebung der Bürokratiekostenbelastung der Wirtschaft

30.04.2010

3

Ziel und Fokus des SKM

Ziel = Optimierung der administrativen Ausgestaltung von Rechtsvorschriften; materiell-inhaltlichen Standards werden nicht in Frage gestellt.

Fokus = Informationspflichten (Verpflichtungen für Unternehmen und Bürger, Daten oder sonstige Informationen aufgrund von Rechtsvorschriften für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln)

30.04.2010

4

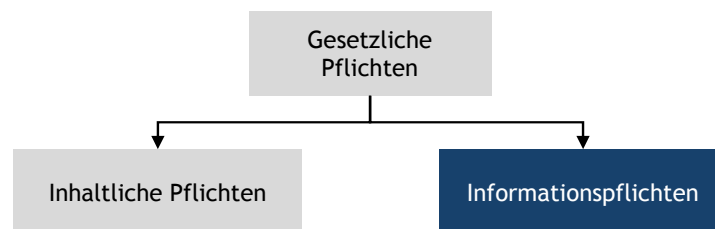
Anwendung des SKM

- 22 EU-Mitgliedsstaaten und die EU selbst haben sich mittlerweile für die Anwendung des Standardkosten-Modells entschieden (*Standard Cost Model Network* als informelle Kommunikationsplattform zum Austausch von Informationen und Erfahrungen)
- Anwendung auf alle staatlichen Regulierungen
Niederlande, Dänemark, Großbritannien und die Tschechische Republik
- Sektorieller Ansatz
Norwegen, Schweden, Polen, Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Europäische Union

30.04.2010

5

Ermittlung der Informationspflichten



Beispiel:

- Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben
- Pflicht zum Einbau eines Rußfilters

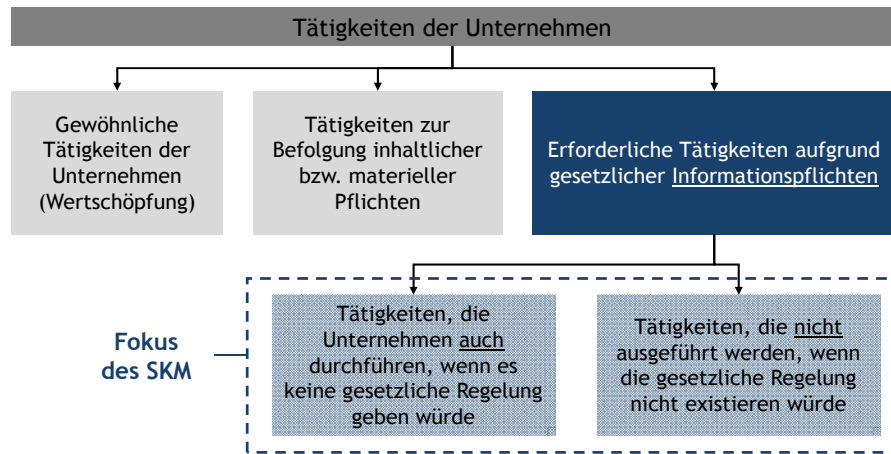
Beispiel:

- Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung
- Pflicht zur Dokumentation von Schadstoffwerten
- Statistikpflichten

30.04.2010

6

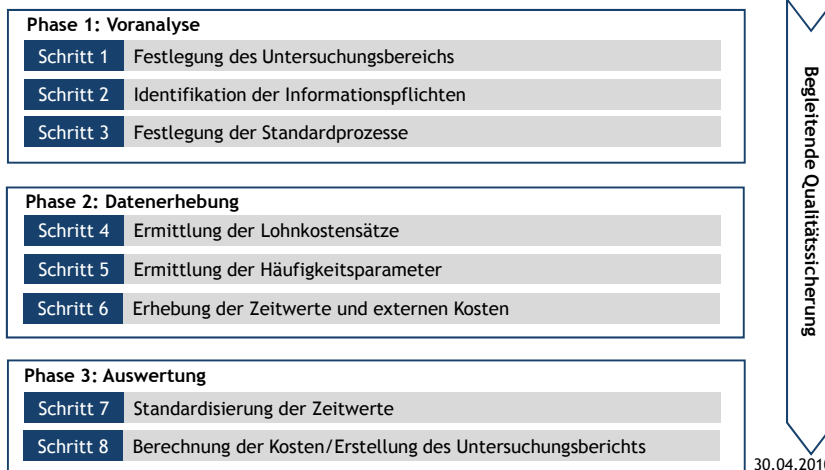
Informationspflichten entstehen durch...



30.04.2010

7

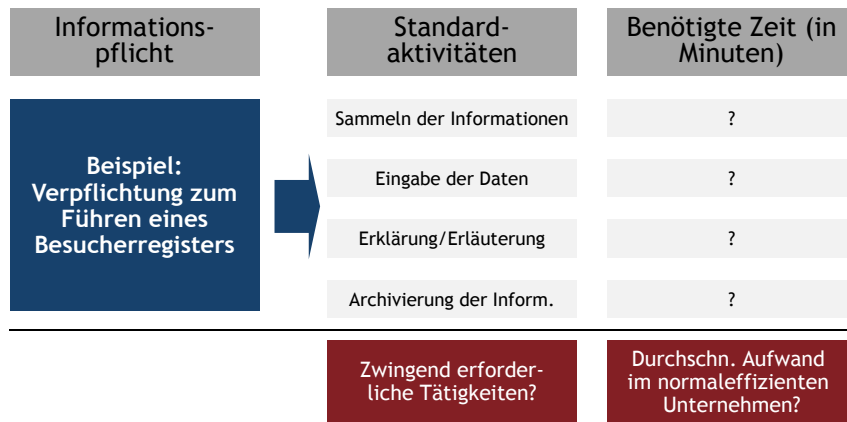
Vorgehensweise



30.04.2010

8

Ermittlung der Standardaktivitäten



30.04.2010

9

Ermittlung der Zeitwerte

	Vorteile	Nachteile	Bündelgröße	Dauer
Vor-Ort-Interview	Überprüfung der Plausibilität; Situationsnachstellung; Dokumenteneinsicht	Reisekosten; hoher Zeitbedarf	10-15 IPen	2-4 Stunden
Telefon-Interview	Schnell und kostengünstig; hohe Unternehmensanzahl; ortsungebunden	Kein direkter Kontakt; nur für einfache Sachverhalte	5-10 IPen	1-1,5 Stunden
Workshops	Komplexe Themen; Validierung und Standardisierung der Zeitwerte und Fallzahlen	Terminkoordinierung; Reisekosten	30 IPen	6 Stunden
Experten-Gespräch	Günstig und schnell; erlaubt Erörterung komplexer Fragestellungen	Eignet sich nur flankierend, da die Experten i.d.R. nicht die unmittelbaren Normadressaten sind	15 IPen	4 Stunden

30.04.2010

10

Standardisierung der Zeitwerte

Verwaltungstätigkeit A

Unternehmen 1	10 min
Unternehmen 2	10 min
Unternehmen 3	10 min
Unternehmen 4	45 min

„untereffizientes“ Unternehmen

Standardisierter Wert
10 min

„übereffizientes“ Unternehmen

Verwaltungstätigkeit B

Unternehmen 1	40 min
Unternehmen 2	10 min
Unternehmen 3	35 min
Unternehmen 4	30 min

Standardisierter Wert
35 min

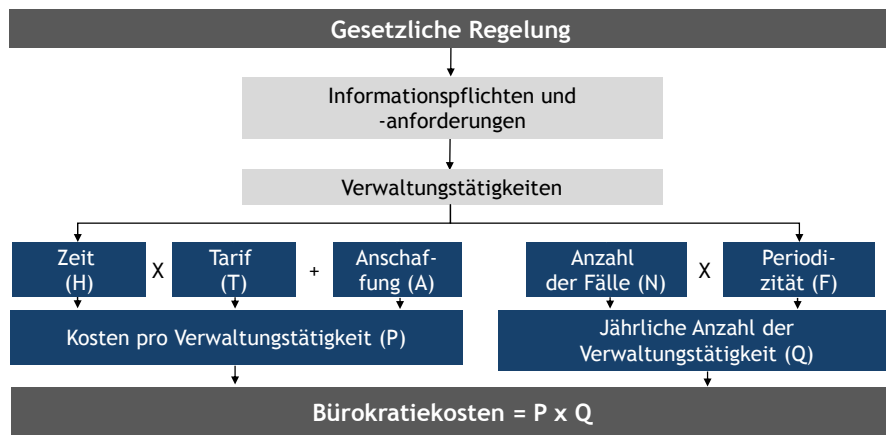
Ziele der Standardisierung

- Abbildung des normaleffizienten Unternehmens
- Plausibilität statt statistische Repräsentativität

30.04.2010

11

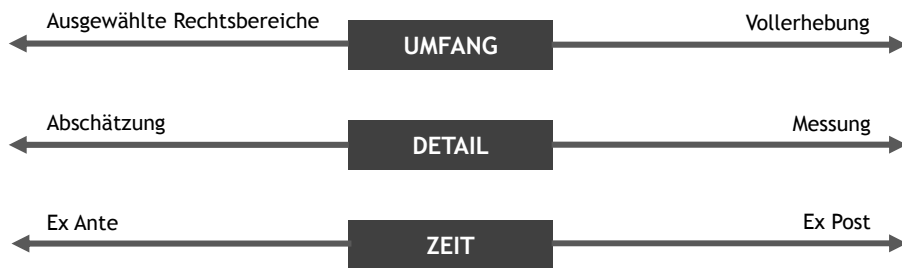
Berechnungsmodell



30.04.2010

12

Umsetzungsvarianten



Varianten können miteinander kombiniert werden
Konkrete Ausgestaltung ist abhängig von der Zielsetzung

30.04.2010

13

Reduzierung der Bürokratiekosten

- Vereinfachung von Informationspflichten
 - Reduzierung der Fallzahl und/oder der Komplexität
 - Adressatenbezogene Differenzierung
- Deregulierung
 - Abschaffung der Informationspflicht
 - Risikobasierter Regulierungsansatz
- Optimierung des Vollzugsprozesses
 - Effizienterer Informationstransfer
 - Intelligenter Datennutzung
 - Verfahrensumstellung

30.04.2010

14

Institutionelle Verankerung des SKM

- Wer führt die Messungen mit dem SKM durch?
- Wer kontrolliert und koordiniert den Reduzierungsprozess?
- Wie wird die Bürokratiekostenkontrolle im Gesetzgebungsprozess verankert? (ex ante)
- Wie und mit welcher Funktion werden Stakeholder in den Prozess mit eingebunden?

30.04.2010

15

Ergebnisse einer Pilotmessung im Bereich Wohnbauförderung

30.04.2010

16

Pilotmessung des Wohnbauförderungsgesetzes*

- LG 17. Dezember 1998, Nr. 13
- DVO Dekret LH 15. Juli 1999, Nr. 42
- DVO Dekret LH 15. September 1999, Nr. 51

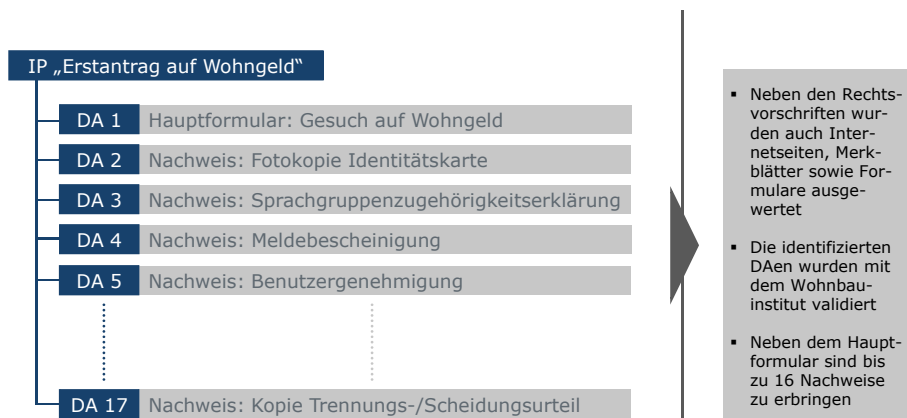


* Am 5. November 2008 trat das neue Gesetz für den geförderten Wohnbau in Kraft (LG Nr. 9 vom 13.10.2008).

30.04.2010

17

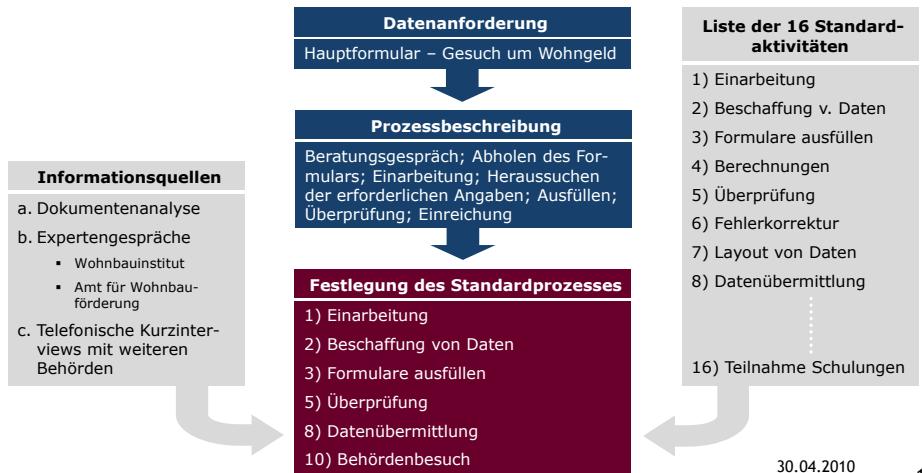
Identifizierung der Datenanforderungen



30.04.2010

18

Definition der Standardprozesse



Standardprozesse: 2 Beispiele



N.B.: Die Anfahrt zu einer Behörde sowie ggf. anfallende Wartezeiten werden beim SKM nicht berücksichtigt. Sie sind abhängig von Faktoren wie dem Wohnort des Bürgers, die sich nur schwer standardisieren lassen.

Ermittlung der Zeitwerte

Datenanforderung	Standardaktivität	Komplexität	CASH-Tabelle*	Validierung?	Messwert
Hauptformular - Gesuch um Wohngeld (Erstantrag)	1. Einarbeitung	niedrig	3	nein	3
	2. Beschaffung von Daten	mittel	15	nein	15
	3. Formulare ausfüllen	mittel	30	ja	15
	5. Überprüfung der Eingaben	mittel	5	nein	5
	6. Fehlerkorrektur	niedrig	2	nein	2
	8. Datenübermittlung	hoch	10	nein	10
	10. externe Sitzungen	mittel	60	ja	20
	14. Nachfragen d. Behörde	niedrig	3	nein	3
					73

* Die Cash-Tabelle basiert auf internationalen Erfahrungswerten; die Einstufung erfolgt nach Komplexität der Datenanforderung (niedrig, mittel, komplex).

30.04.2010

21

Ermittlung Out-of-pocket-costs u. Bürgertarif

- Kosten für Kopien
- Behördengebühren, bspw.:
 - Meldebescheinigung
 - Grundbuchauszug
- Stempelmarken
- Notarhonorare



Die sogen. Out-of-pocket-costs wurden durch kurze Telefoninterviews mit Gemeinden, Grundbuchamt, Notare usw. erhoben

Um direkte Kosten und Zeitaufwand zusammenrechnen zu können, wurde ein Bürgertarif auf Basis des BIP ermittelt:

$$\text{Bürgertarif (pro h)} = \frac{\text{Bruttoinlandsprodukt}}{\text{Erwerbspersonen X Produktivstunden}}$$

$$33,94 \text{ EUR (pro h)} = \frac{15.863.900.000 \text{ EUR}}{233.700 \text{ Personen X 2.000 Stunden}}$$

30.04.2010

22

Ermittlung der Fallzahlen

Art der benötigten Daten	Datenquellen
<ul style="list-style-type: none"> Fallzahlen auf Jahresbasis (z.B. Anzahl der Wohngeldgesuche, Anzahl der Gesuche um Wohnbauförderung (für den Kauf)) Quoten, u.a.: Gestellte vs. bewilligte Gesuche, vorzeitige vs. normale Auszahlung Anteile, u.a.: Wie viel Prozent der Gesuche werden von Alleinerziehenden gestellt? Wie viel Prozent der Gesuche beziehen sich auf noch in Bau befindlichen Wohnungen? 	<ul style="list-style-type: none"> Tätigkeitsbericht der Abteilung Wohnungsbau Interne Auswertungen des Amtes für Wohnbauförderung und des Instituts für den sozialen Wohnungsbau ASTAT-Statistiken Expertenschätzungen Annahmenbasierte Herleitungen

30.04.2010

23

Ergebnisse Wohngeld

Wohngeld - Erstgesuch

(17 Datenanforderungen; 3.122 gestellte Gesuche)

	Insgesamt	pro Gesuch
Bürokratie-Zeit (h)	8.048	2h 35min
Out-of-Pocket-Costs	55.807 €	17,88 €
Bürokratiekosten	328.955 €	105,37 €

Wohngeld - Folgegesuch

(11 Datenanforderungen; 7.878 gestellte Gesuche)

	Insgesamt	pro Gesuch
Bürokratie-Zeit (h)	12.949	1h 38min
Out-of-Pocket-Costs	67.409 €	8,56 €
Bürokratiekosten	506.901 €	64,34 €

Wohngeld
- Gesamt

	Insgesamt
Bürokratie-Zeit (h)	20.997
Out-of-Pocket-Costs	123.216 €
Bürokratiekosten	835.856 €

Fördervolumen: 29,1 Mio. EUR
Anteil Bürokratiekosten: 2,9 %

30.04.2010

24

Ergebnisse Kauf einer Wohnung

Gesuch auf Förderung (Kauf)

(32 DAen; 1.231 vorgelegte Gesuche)

	Insgesamt	pro Gesuch
Bürokratie-Zeit (h)	5.453	4h 26min
Out-of-Pocket-Costs	47.739 €	38,78 €
Bürokratiekosten	232.825 €	189,14 €

Veranlassung der Auszahlung (Kauf)

(22 DAen; 1.077 zugelassene Gesuche)

	Insgesamt	pro Gesuch
Bürokratie-Zeit (h)	3.666	3h 24min
Out-of-Pocket-Costs	335.684 €	311,68 €
Bürokratiekosten	460.117 €	427,22 €

Wohnbauförderung - Gesamt (Kauf)

	Insgesamt	pro Gesuch
Bürokratie-Zeit (h)	9.120	7h 59min
Out-of-Pocket-Costs	383.423 €	351,93 €
Bürokratiekosten	692.942 €	623,13 €

Fördervolumen: 69,4 Mio. EUR
Anteil Bürokratiekosten: 2,2 %

30.04.2010

25

Vereinfachungsvorschläge Wohngeld

		Reduktionspotenzial (in %)		
		Zeit	Out of Pocket	Gesamtkosten
1	Zentrale Datenbank für Einkommensnachweise	18,86 %	28,57 %	20,29 %
2	Online-Wohngeld-Antrag	15,25 %	4,80 %	13,71 %
3	Telefonische/Online-Beantragung von Nachweisen	3,83 %	0,00 %	3,26 %
				37,26 %

- 1) Zentrale Datenbank
 - Einkommensinformationen werden vom Arbeitgeber an eine zentrale Datenbank übermittelt; Zugriff der Behörde erst nach Freigabe durch Antragssteller (Vorbild ELENA-Verfahren, Deutschland)
 - Senkt die Bürokratiebelastung von Bürgern, Unternehmen und Verwaltung
- 2) Online-Antrag
 - Dialoggestütztes Internet-Formular mit automatischem Plausibilitätscheck, verschiedene Signaturen denkbar (Vorbild Wohngeld Nordrhein-Westfalen)
 - Reduziert Anzahl der erfolglosen Anträge
- 3) Nachweis-Beantragung
 - Viele Nachweise von anderen Behörden (etwa Gemeinde o. Grundbuchamt) erfordern das persönliche Vorsprechen bzw. Abholen des Antragstellers
 - Die Möglichkeit Nachweise telefonisch oder online zu bestellen, würde unnötige Behördengänge reduzieren

26

Vereinfachungsvorschläge Kauf einer Wohnung

		Reduktionspotenzial (in %)		
		Zeit	Out of Pocket	Gesamtkosten
1	Nachweisabfrage durch Amt (sofern möglich)	13,86 %	8,52 %	10,90 %
2	Eintrag der Sozialbindung über Notar streichen	-0,12 %	17,78 %	9,79 %
3	Online-Wohnbauförderung-Antrag	7,91 %	0,93 %	4,05 %
4	Stempelmarken durch Verwaltungsgebühr ersetzen	1,43 %	0,00 %	0,64 %
				25,38 %

- 1) Nachweis-Abfrage „autocertificazione“
- Bei der Gesuchstellung wird weitestgehend auf Eigenerklärungen zurückgegriffen; wo erforderlich beschafft das Amt Nachweise selbstständig
 - Flankiert durch die zunehmende Vernetzung der Behörden (Grundbuch-/Katasterwesen) ist nicht mit Mehraufwand für die Verwaltung zu rechnen
- 2) Sozialbindung-Notar
- Den Eintrag der Sozialbindung für gefördertes Wohneigentum kann der Bürger über das Amt f. Wohnbauförderung oder einen Notar vornehmen
 - Die Variante Notar ist wegen hoher Honorare deutlich teurer und sollte gestrichen werden
- 4) Stempelmarken
- Durch die Beschaffung von Stempelmarken werden dem Antragsteller unnötige Zusatzwege in eine der Verkaufsstellen aufgebürdet

27

Handlungspotenzial für Südtirol

30.04.2010

28

Kategorisierung des Südtiroler Rechtsbestandes



30.04.2010

29

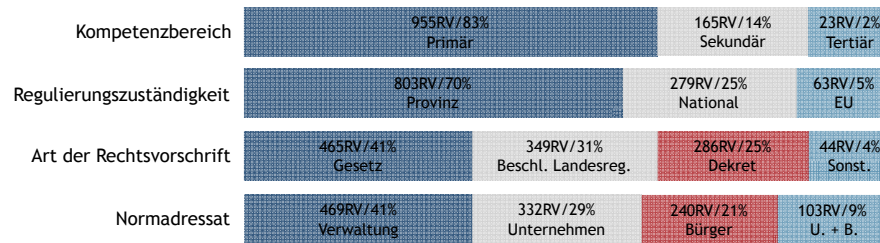
Zuweisung der Belastungsindikatoren

		Merkmale				
		Kompetenzbereich	Regulierungszuständigkeit	Population	Anlasshäufigkeit	Top-Branchen
Ausprägungen	primär	A – Unmittelbar durch Europarecht beeinflusstes Provinzrecht	niedrig	niedrig	Tourismus Landwirtschaft Maschinenbau Handwerk	
	sekundär	B – Durch nationales italienisches Recht beeinflusstes Provinzrecht	mittel	hoch		
	tertiär	C – Originäres Provinzrecht	hoch			

30.04.2010

30

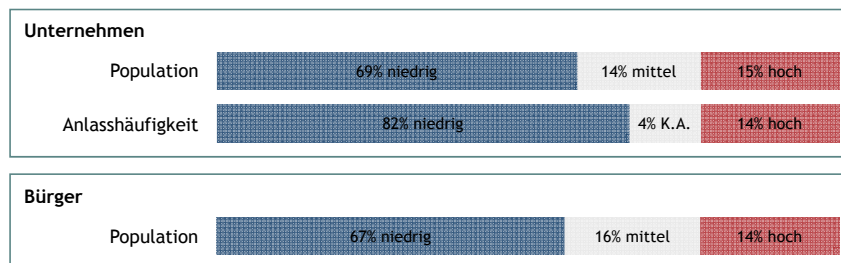
Ergebnisse der Kategorisierung



30.04.2010

31

Wenige Gesetze sind die Hauptkostentreiber



30.04.2010

32

Spezifische Regelungen der Top-Branchen

Landwirtschaft

Förderung d. Landwirtschaft	38 RV
Landschaftsschutz & Umweltschutz	11 RV
Nahrungsmittelhygiene	9 RV

Gastgewerbe / Tourismus

Sport & Freizeitgestaltung	9 RV
Landschaftsschutz & Umweltschutz	8 RV
Raumordnung	8 RV

Maschinenbau / Metall

Wirtschaftsförderung	11 RV
Arbeit	9 RV
Landschaftsschutz & Umweltschutz	7 RV

Handwerk

Handwerk	10 RV
Wirtschaftsförderung	9 RV
Arbeit	8 RV

30.04.2010

33

Hauptbelastete Lebensbereiche (SKM-Bürger)

1	Ehrenamtlich Engagierte/Vereinswesen	31 RV	z.B. Feuerwehr u. Zivilschutz, Vereinsrecht
2	Behinderte/Pflegebedürftige	27 RV	z.B. Rentenzuschüsse für Invaliden, Altenpflege
3	Familien	13 RV	z.B. Unterhaltsrecht, Gleichstellungsvorschriften, Kindergärten

30.04.2010

34

Messung der bürokratischen Belastung aus Informationspflichten zwischen Gemeinden und Land

30.04.2010

35

Bürokratiekosten zwischen Gemeinden und Land

- Projekt des EURAC-Institutes für Public Management im Auftrag des Südtiroler Gemeindenverbandes lt. Beschluss v. 23.04.2010
- Inhalt ist die Erhebung der Schnittstellenprobleme und „Doppelgleisigkeiten“ bei den Interaktionen zwischen Gemeinden und Landesverwaltung
- Ziel des Projektes ist es, aufzuzeigen
 - ✓ wie das SKM einen Beitrag zur Entbürokratisierung innerhalb der öffentlichen Verwaltung leisten kann und
 - ✓ welche wirtschaftlichen und politischen Potenziale sich daraus ableiten lassen

30.04.2010

36

Messung der Bürokratiekosten in der Südtiroler Landesverwaltung

30.04.2010

37

Erste Messungen auf Landesebene

- Erprobung des SKM im Ressort Handwerk, Industrie, Handel, Mobilität und Personal
- Quantifizierung der Bürokratiekosten durch das ASTAT:
 - ✓ Messungen im Bereich Wirtschaftsförderung sowie im Bereich der Führerscheine sind bereits erfolgt
 - ✓ Weitere Messungen vorgesehen im Bereich Motorisierung, Prüfung und Abnahme von Fahrzeugen sowie im Bereich Wohnbau
- Anpassung des SKM in Zusammenarbeit mit dem Organisationsamt
- Erfahrungsaustausch mit dem Bundesministerium für Finanzen in Wien und der Tiroler Landesverwaltung in Innsbruck

30.04.2010

38

Information und Projektdokumentation



www.buerokratiekostenenken.it

www.riduzioneoneriamministrativi.it

Informationsveranstaltung

Bürokratiekosten messen mit dem Standardkostenmodell (SKM), am 30. April 2010, 9:00 - 12:30 Uhr an der EURAC in Bozen (Seminarraum 7).

Mehr lesen...

Wirkungskontrolle von Gesetzen

Auf Einladung der EURAC hat Frau Dr. rer. Margit Seckelmann, M.A., Geschäftsführerin des Sozialen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Steyer am 13. Oktober 2009 einen Vortrag zum Thema "Wirkungskontrolle von Gesetzen: Methoden und rechtliche Rahmenbedingungen" gehalten.

Mehr lesen...

Innovatives Management

Das Komitee des HQRAP-Masters für Verwaltungsbeamte an der EURAC

Mehr lesen...

Erste Maßnahmen zum Bürokratieabbau gesetzt

Die im Maßnahmenpaket zur Behebung der Vorkaufs- und zur Sicherung von Arbeitsplätzen definierten Schritte zum Bürokratieabbau nehmen konkrete Formen an. So wurde in einem Beschluss auf Antrag von Landrat Dr. Theodor Antstatter, in 18 Fällen die bisher geltende Pflicht zur Vorlage ärztlicher Zeugnisse abgeschafft.

Mehr lesen...

Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Regionalrates zum Thema Bürokratieabbau

Management innovativo

Torna a Bolzano il Master in Innovazione e Management nella Amministrazione Pubblica.

Mehr lesen...

Nuove misure per la riduzione della burocrazia

Con due nuove misure la giunta provinciale prosegue sulla strada della riduzione della burocrazia nei rapporti tra enti pubblici e cittadini.

Mehr lesen...

Snellita la burocrazia amministrativa

Con due decisioni sono state abolite le doppie autorizzazioni per la concessione di licenze, autorizzazioni e certificazioni.

Mehr lesen...

Sviluppo di idee per la riduzione della burocrazia

Il 22 gennaio prossimo si terrà un'assemblea pubblica sul tema della riduzione della burocrazia amministrativa. Gli Amministratori di Livello pubblico, alle scuole e alle università, sono invitati a partecipare. L'assemblea si svolgerà a ore 10:00 nella sede della giunta provinciale di Bolzano, Spalato 10, 38100 Bolzano.

Mehr lesen...

30.04.2010

39